

Maria S e v e n i c h

z.Zt. Strohe über Spreda, Kr. Vechta
bei Dr. Hermann Siemer,
den 16. September 1946.

Herrn
Minister Dr. Hilpert,

W i e s b a d e n
Bierstädter Str. 2

Sehr geehrter Herr Minister!

Ich erhielt Ihr Telegramm, zu einer Besprechung zu kommen. Abgesehen davon, dass ich den nötigen Treibstoff für die Hin- und Rückfahrt nicht habe, bin ich durch Grossversammlungen verhindert, die ich nicht absagen kann, so dass ich Ihnen folgendes Telegramm schickte: "Kann durch festgelegte Versammlungen am 21. September nicht nach Fulda kommen. Rückkehr in US-Zone voraussichtlich nicht vor Mitte Oktober. Brief folgt".

Ich möchte aber die Gelegenheit benutzen, um Ihnen zu beliebiger Verwendung über den Verlauf der gesamten Angelegenheit einmal einen systematischen Überblick geben, und aus der Sie dann verstehen werden, dass ich mir noch nicht klar darüber bin, ob und in welcher Weise ich mich in die Arbeit in Grosshessen wieder einschalten lasse. Ich darf vorausschicken, dass ich von einer amtlichen Stelle einen Bescheid bekam ~~am~~ über Gerüchte, die angeblich laufen sollen über gefundene Dokumente, und ich habe an die betreffende Stelle laut Kopie geschrieben.

Was die Angelegenheit selbst betrifft, so rief mich seinerzeit, als der Artikel in der "Neuen Zeitung" erschien, Herr Dr. Köhler abends an, als ich amerikanischen Besuch hatte. Ich hatte die Zeitung damals noch nicht gelesen und habe, als ich sie einige Stunden später bekam, keinesfalls den Eindruck gehabt, dass es sich dort bereits um eine offizielle Stellungnahme handle, sondern um einen gewissen Druck auf die amerikanische Militärregierung. Mir war zwei ~~Tagen~~ vorher mitgeteilt worden, dass die kommunistische Partei in Gemeinschaft erklärt hatte, es würde ein letzter grosser politischer Schlag gegen mich versucht werden, und wenn er misslänge, müsse eben die Sache mit Gewaltmethoden gemacht werden.

Ich habe dann der "Neuen Zeitung" die Ihnen bekannte Antwort geschrieben, aber erst durch Vermittlung einer amerikanischen Stelle wegschicken lassen. Am Sonntagabend bekam ich nach Kassel einen telefonischen Anruf über Nölle von Herrn Dr. Köhler, der mir das Reden verbot, und fand zu Hause ein gleiches Telegramm vor. Ich fuhr auf Bitten von Dr. Köhler nach Wiesbaden und hatte bei ihm ein Gespräch, in dem er mir erzählte, und aktenmässig schriftlich unterlegte, dass zuerst der Landeswahlleiter bei ihm war, dann Herr Wahrhaftig, der aber keine Forderungen gestellt hatte, aber gefragt hatte, was die Partei zu tun gedächte, und von dem Angebot des Herrn Dr. Köhler, mir ein Redeverbot zu geben, Kenntnis nahm. Ich hatte aus dem Gespräch mit Herrn Dr. Köhler den Eindruck, als sei die Parteileitung, Ihre Person nicht ausgenommen, gewillt, um dieses Angriffes in der neuen Zeitung willen, mich restlos und bedingungslos fallen zu lassen. Herr Dr. Köhler sagte mir auch in dem Gespräch, dass man die Partei nicht um einer Person willen opfern dürfe. Darauf zog ich meinerseits die Konsequenz, bis auf die blosse Mitgliedschaft auf jede Funktion und Tätigkeit in der Partei zu verzichten. Ich habe ja daraufhin auch die Sekretariatsarbeit, wie Sie wissen, aufgegeben. Herr Dr. Köhler war mir für diesen Vorschlag sehr dankbar, was er wiederholt zum Ausdruck brachte. Er fragte mich im übrigen, ob ich nicht einen Nerven-zusammenbruch bekommen könnte, um die Sache irgendwie beibiegen zu lassen

Am nächsten Tage habe ich dann die Ihnen bekannten Erklärungen abgegeben und erfuhr 2 bis drei Tage später, nachdem der Artikel im "Wiesbadener Kurier" u.a. erschienen war, dass irgendwer in der Militärregierung mich sehr gerne verhaften würde, dass man aber scheinbar nicht wisse, ob es zweckmässig sei, wegen des damit verbundenen Aufsehens.

Ich fuhr nach Lindau und kam nach etwa 10 Tagen wieder zurück. Am Morgen erhielt ich den Besuch eines Offiziers der Nachrichtenkontrolle, der eine längere Aussprache mit mir hatte, und mich nach meiner Absicht fragte. Aus diesem Gespräch ging hervor, dass die amerikanischen Stellen nichts gegen mich vorzunehmen gedachten, und man wohl gewisse Befürchtungen hatte, der ganze Verlauf der Sache, vor allen Dingen die mit den Beschlüssen der Landesleitung & verbundene gegnerische Propaganda, könne starke Spannungen in der Union geben. Als ich ihm erklärte, dass ich der Meinung sei, zwischen der Union und mir dürfe kein Bruch entstehen und wohl auch den Anschein eines solchen verhindern, war er mit allem einverstanden. Am Abend war eine andere amerikanische Dienststelle bei mir und das Gespräch lief in der gleichen Richtung. Ebenso ging es am folgenden Morgen mit einem Gespräch der Militärregierung durch einen unserer Geschäftsführer. Die Darmstädter Militärregierung hat zweifellos auch durchgesetzt, dass das "Darmstädter Echo" meine Antwort, die es ursprünglich abgelehnt hatte, nehmen musste. Dann hatte Herr Dörpinghaus das Ihnen bekannte Gespräch mit Herrn Wahrhaftig.

Ich fuhr trotz dieses Gesprächs in die britische Zone und hielt meine Versammlungen ab. Inzwischen passierte dann bei der Jugend die Panne mit der gefälschten Rede des Kardinals Graf Galen, die umso bedauerlicher war, als ich selbst Herrn Massoth telefonisch mitgeteilt hatte, die Rede sei meiner Auffassung nach verfälscht und dürfe nicht veröffentlicht werden. Dass eine Vervielfältigung im Büro, unabhängig von dem eingesetzten Jugendsekretariat, vorgenommen wurde, entzog sich natürlich meiner Kenntnis und war von mir nicht beabsichtigt. Ich kam aus der britischen Zone zurück, fand die Unterlagen über diese ganze Angelegenheit vor, und hörte vor allen Dingen, dass Herr Wahrhaftig nachts angerufen hatte, ich müsse unter allen Umständen kommen, und erklärt haben soll, er würde mich mit amerikanischer Polizei aus der britischen Zone holen lassen, wenn ich nicht da sei. Der Zufall wollte es nun, dass ich da war. Ich hatte mit Herrn Wahrhaftig im Beisein eines anderen amerikanischen Offiziers ein langes und ausführliches Gespräch, bei dem sich in den Grundlinien ergab, dass er mir wohl im Namen der Militärregierung mitteilte, dass man keine Schritte gegen mich unternehmen würde. Er sagte mir bei der Gelegenheit, ich könne auch gegen den Bolschewismus sprechen, ^{mit} aber die bekannten Vorsichtsmassregeln im grossen und ganzen einhalten. Er sagte mir, - auch in der Frage der Denazifizierung könne ich sprechen, solle aber, statt die Dinge allgemein zu sagen, von konkreten Fällen ausgehen, und von dort aus die Probleme anschneiden. Er gab mir den Rat, mich einige Wochen zurückzuhalten, und teilte mir auf mein Befragen mit, dass dieser Wunsch nicht von der Militärregierung aus komme, sondern sein ^{persönlichen} freundschaftlich gemeinten Rat an mich darstelle. Bei dieser Gelegenheit sagte mir Herr Wahrhaftig, dass die Linke einen wahren Kreuzzug gegen mich veranlasse. Man wisse, dass ich einer der mutigsten Menschen gegen den Faschismus gewesen sei und der Ansicht sei, dass ich stark genug sei, selbst mit den Dingen fertig zu werden. Am Abend bekam ich dann eine Nachricht, die Militärregierung wünsche, dass ich bald in Hessen spräche. Ich habe aber nun festgestellt, dass über die Formulierung irgendeine Unklarheit besteht und werde Ihnen deswegen noch Bescheid geben, sobald ich die genaue Darlegung dieser Dinge haben werde. Das ist bisher der äussere Verlauf der Sache.

Die Propaganda in meiner Sache ist durch ganz Deutschland getragen worden, sehr stark auch in diese Zone, wo man offen in der Presse von einem Bruch zwischen mir und der Landespartei Grosshessen spricht, von der Niederlage meines Mandats, und von einem Redeverbot sowohl der Partei wie der Amerikaner. Die ganze Propaganda hat den Erfolg gehabt, dass ich absolut überfüllte Grosskundgebungen mit einer starken Wirkung hatte, so dass mich also die Propaganda ziemlich kalt lässt.

Vor einiger Zeit hatte mir Herr Dr. Köhler gesagt, wohl auch in Ihrem Auftrage, ich werde der Partei problematisch, weil ich so stark angegriffen werde. Das war damals nach dem Artikel der Frau Knoll. Ich habe seinerzeit Herrn Dr. Köhler gesagt, dass mir diejenigen, die nicht angegriffen werden, viel problematischer erschienen.

Was nun den technischen Verlauf dieser Sache im Zusammenhang mit der Partei betrifft, so habe ich Ihnen bereits gesagt, dass mir eine Sache ausserordentlich unangenehm ist; dass man sich der Militärregierung gegenüber auf die Tatsache einer Krankheit berufen hat, die nicht bestand, und ich das Empfinden habe, dass dies ein glatter Missbrauch meiner Person ist. Herr Dr. Köhler war bei mir mit der Erklärung der Landesleitung, die ich in der vorliegenden Form, wie Sie wissen, abgelehnt habe, und bat mich bei dieser Gelegenheit (ich lag mit einer Gallenkrise zu Bett) doch einige Wochen krank zu bleiben. Ich erklärte damals Herrn Dr. Köhler, dieser Anfall dauere höchstens 1 - 2 Tage und die Sache sei bereits erledigt; ich würde am nächsten Tage wieder voll aktionsfähig sein. Wenige Tage später kam Ihr Brief mit derselben Erklärung, mit dem ich nichts anzufangen wusste, bis ich dann später feststellte, dass da irgend ein Versprechen gegeben worden war in meinem Namen und für meine Person, von dem ich weder etwas wusste noch mit dem ich einverstanden war. Ich empfinde das als absolut unloyal. Man hat auf diese Weise über mich verfügt, die ich wirklich ablehnen muss, und ohne mich überhaupt von den Dingen in Kenntnis zu setzen. Ich habe das dann immer erst auf Umwegen über alle möglichen Mitteilungen und Aussprachen erfahren. Die zweite merkwürdige Sache betrifft die Verfassunggebende Versammlung. Herr Dr. Köhler hatte mich ursprünglich ~~mir~~ gebeten, an der ersten Fraktionssitzung teilzunehmen. Als er mir erklärte, Sie fassen die Sache anders auf als er gedacht habe und betrachten die Angelegenheit als eine Angelegenheit der Partei. Dann habe ich den Bescheid von ihm bekommen, es sei nicht erwünscht, dass ich an der ersten Plenarsitzung teilnehme; man wolle einen Skandal vermeiden unter Berufung auch auf die Fälle Schuster und Nölle. Von Lindau aus drahtete ich dann an Herrn Dr. Köhler, ob ich zur zweiten Plenarsitzung in Hessen sein müsse. Ich bekam daraufhin einen telegrafischen Bescheid, dass meine Teilnahme nicht erforderlich sei, und er wünsche mir gute Erholung., obwohl er wusste, dass ich absolut nicht krank war. Später bekam ich dann einen Vorwurfsvollen Brief seitens des Direktors der Verfassunggebenden Versammlung, ich habe zweimal unentschuldigt bei den Plenarsitzungen gefehlt. Wenn die Fraktion mir schreibt, meine Anwesenheit sei nicht erwünscht, so wäre es doch zumindest korrekt, eine Entschuldigung an das geschäftsführende Büro zu machen.

Diese ganzen Vorgänge sind mir irgendwie unangenehm und ich weiss noch nicht, wie wir heute aus diesen Dingen herauskommen sollen. Ich habe Ihnen wiederholt gesagt, dass ich ein klares Vertrauensverhältnis wünsche, das auch dann bestehen kann, wenn man in manchen grundsätzlichen Dingen anderer Meinung ist, wenn nämlich die anderen Auffassungen loyal ausgesprochen werden und eben solche der Zusammenarbeit und nicht des Gegeneinanderarbeitens sind. Sie werden verstehen, Herr Minister, dass ich in meinem Vertrauen schwankend werden muss, wenn mir mitgeteilt wird, dass noch vor der Wahl der Verfassunggebenden Versammlung Sie sich dritten Personen gegenüber äussern, zum Landtag im November würden Sie dafür sorgen, dass ich nicht mehr aufgestellt werde. Das gibt eine

Atmosphäre von Unklarheiten, in der mir ein Arbeiten sehr schwer fällt.

Ich bin mir aus all diesen Gründen noch nicht klar darüber, ob ich wieder an die Arbeiten in Grosshessen herangehen kann oder nicht. Ich habe den ehrlichen Wunsch, der Union zu helfen. Ich bin ihr auch in Grosshessen stark verbunden. Ich weiss, dass von bestimmter Seite aus auch innerhalb der Union nicht gut gearbeitet wurde in Bezug auf mich, man kann schon sagen, dass der Versuch einer systematischen Hetze unternommen wurde. Ich weiss aber auch, dass ich in meiner Wohnung ganze Kreise davon abhalten musste, nicht wegen meiner Angelegenheit aus der Union auszuscheiden. Ich habe also, wenn Sie das vielleicht auch nicht wissen sollten, meinen guten Willen der Union Grosshessen gegenüber klar unter Beweis gestellt.

Ich werde mich nach meiner Rückkehr mit Ihnen und der Landesleitung über die Dinge aussprechen, und werde je nach dem Ergebnis der Aussprache erklären, ob ich aus dem Landesverband Hessen vollkommen ausscheide oder ~~nachhinhalt~~ aber, wenn die Aussprache zu einem befriedigenden Ergebnis führt, in einem freien Mitarbeiterverhältnis, ohne mich erneut in irgendeiner Form zu binden, die Arbeit in Grosshessen weiter mitmache. Ein fester Einbau in die Organisation dürfte nach den Erfahrungen, die ich mit der Organisation machen musste, für mich im Moment kaum in Frage kommen. Ich spreche mit Absicht nicht von den grundsätzlichen Entscheidungen. Man kann da wohl sehr verschiedener Meinung sein bei all den unklaren Dingen, von denen ich Ihnen einige in diesem Briefe aufgezählt habe.

Von diesem Schreiben gebe ich Herrn Dr. Köhler eine Abschrift, damit er nicht das Empfinden hat, ich sei ihm gegenüber unloyal, wenn ich die vorgefallenen Dinge mit Ihnen allein bespreche, denn schliesslich betreffen sie ihn ja persönlich und in seiner Funktion als Landesführer sehr stark mit.

Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Minister, in der Angelegenheit zumindest meinen guten Willen zu nehmen und nicht zu glauben, dass ich mit irgendeinem Ressentiment oder irgendeiner unguten Absicht an die Frage herangehe, aber wenn ich klar bleiben will, sehe ich keinen anderen Weg als den, den ich Ihnen aufgezeigt habe.

Was die kursierenden Gerüchte gegen mich angeht, so kann ich Ihnen das eine sagen: meine Dinge liegen vollkommen klar, und was da irgendwie montiert sein könnte, berührt mich kaum.

In diesem Sinne erlaube ich mir der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass es irgendwann zu einer Klärung kommen kann. Ich werde allerdings, da ich hier noch festgehalten bin, vor Oktober nicht in die Zone zurückkommen, und verbleibe bis dahin

mit hochachtungsvoller Begrüssung

Maria Leuenich

worden